

## **Bewegte Bildungsnation – Aufbruch oder Stillstand?**

Am 4. Juli 2017 veranstaltet die **Initiative Neustart Schule** eine Podiumsdiskussion mit Dr. Wolfgang Feller (Agenda Austria), Dr. Christian Friesl (IV, Initiator Neustart Schule), Paul Kimberger (Bundesvorsitzender der Gewerkschaft), Sekt.Chef Kurt Nekula (BMB), HR Mag. Heidi Schrodt (Bildung Grenzenlos), Univ. DDr. Christiane Spiel (Universität Wien).

Auf die Eingangsfrage von Moderatorin **Manuela Raidl** (Puls 4) wie zufrieden oder glücklich die Podiumsteilnehmer/innen mit dem Autonomiepaket seien spricht **Nekula** den größeren Handlungsspielraum für die Pädagogik an den dieses Paket bringen werde. **Kimberger** entgegnet, dass es sich nur um ein Schulorganisations- und Strukturpaket handle, dass den Lehrer/innen keine Hilfe für ihre großen Herausforderungen biete. Immerhin konnten aber die ursprünglich gestrichenen Mitbestimmungsrechte erhalten bleiben. **Nekula** verweist darauf, dass die Unterstützungsmaßnahmen in einem eigenen Paket enthalten seien. 80 Millionen € stünden im Integrationstopf zur Verfügung, die Sprachförderung werde verdoppelt, die geschaffenen Organisationsfreiheiten böten den Standorten große Möglichkeiten. **Kimberger** erwidert, die Reformen müssten im Klassenzimmer ankommen, die 80 Mill. seien befristet. Eine Aussage wie das Autonomiepaket diene dem Wohl der Kinder mache ihn fassungslos. Was die Autonomie betreffe, sei schon jetzt viel möglich. Das Problem seien die Rahmenbedingungen.

**Schrodt** sieht im Autonomiepaket einen Schritt in die richtige Richtung, tatsächlich hätten sich die Direktor/innen zumindest im AHS Bereich schon bisher Freiräume schaffen können. Ende der 80er Jahre begann eine Gruppe von Wiener Schulleiter/innen bereits mit einer Initiative, das habe viel positive Energien erzeugt. Es wurde schulübergreifend gearbeitet und ganz wichtig war die Einbeziehung der Schulpartner. Es gebe auch eine gewisse Mitbestimmung bei der Auswahl der Lehrer/innen. Wirklich neu sei die flexiblere Gestaltung der Gruppengrößen.

Auf die Frage von **Raidl** nach der Meinung der Eltern antwortet **Karl Dwulit**, Vorsitzender des Dachverbandes der Elternvereine an den Pflichtschulen, dass die Eltern die Diskussionen mit einer gewissen Aufregung verfolgt hätten, sie aber größtes Vertrauen in die Lehrer/innen hätten. Die Eltern seien gespannt wie mit den größeren Freiheiten umgegangen werden wird.

**Feller** sieht das Autonomiepaket zwiespältig, die Reform gehe zu wenig weit. Vieles sei bürokratisch eingengt und wenn die Reformen erst in einem Zeitraum von zehn Jahren wirksam werden, sei das zu langsam. Von echter Autonomie sei das Paket noch meilenweit entfernt.

Für **Spiel** stimmt die Richtung, aber es dauere grundsätzlich sehr lange bis man zu forschungsbasierten Befunden komme. Sie verweist auf die Pädagog/innenbildung Neu wo es viele Gespräche gab, jede Gruppe wollte ihre Interessen verwirklicht wissen. Die Curricula zu schreiben sei nicht einfach gewesen. Aber diese müssten von den Lehrenden richtig vermittelt werden, von den Studierenden richtig aufgenommen und dann in den Klassen richtig umgesetzt werden. Das sei ein langer und sehr schwieriger Weg.

**Friesl** zeigt sich erleichtert über das was in dieser Regierungsperiode gelungen sei, z.B. Ganztagschule und Modellregion Vorarlberg. Es genüge aber nicht einen 190 Seiten umfassenden Initiativantrag im Parlament einzubringen. Die Autonomie sieht er sehr positiv, vieles sei aber auch noch nicht gelungen, z.B. das 2. verpflichtende Kindergartenjahr oder das Aufstellen eines bundesweiten Rahmenplans für die Elementarpädagogik. Die Bildungsdirektionen sieht er kritisch.

**Raidl** verweist auf eine Umfrage von Neustart Schule wo „Kinder in den Mittelpunkt stellen“ und „gemeinsame Zielvorstellungen formulieren“ als wichtigste Punkte genannt wurden.

**Nekula** sieht einen Problembereich in der Bildungsvererbung. Dem werde mit dem Chancenindex begegnet. Schulen brauchen mehr Freiheiten, eine Ressourcenumwandlung sei jetzt möglich. Die Schulversuche seien praktisch beseitigt worden. Es wurde viel diskutiert, das sei sehr positiv. Aber die Entwicklung des Systems brauche Zeit, etwa acht bis zehn Jahre.

**Kimberger** hätte sich mehr pädagogische Autonomie gewünscht, denn die Lehrer/innen wüssten genau, was zu tun sei. Die Ressourcenumwandlung sei ein Treppenwitz. „Soll die Direktion statt des Geschichtelehrers einen Sozialarbeiter anfordern?“ Auf die von **Schrodt** angesprochene Direktor/inneninitiative folgten Sparpakete, die vieles zunichte machten. In Österreich glaube man alles über die Organisation zu regeln, man müsse aber die inhaltliche Debatte führen.

**Friesl** glaubt, dass bei den Zielen und Ideen eine Übereinstimmung von 80% bei allen Gruppen bestehe. Man müsste sich als ersten Schritt auf die Ziele einigen, dann die Kosten ansprechen und von der Ideologie wegkommen.

**Spiel** spricht sich für eine Professionsvertretung bei der Lehrerschaft aus die es neben der Gewerkschaft geben sollte. Das hält **Kimberger** nicht für nötig, er sieht sich auch als Professionsvertreter. **Feller** meint, dass es in anderen Ländern wie den Niederlanden oder Kanada eine Professionsvertretung gebe. Die Gewerkschaft fordere immer nur mehr Geld. Österreichs Bildungssystem sei gut finanziert. Von 2005 – 2015 wurden für die Sek. 1 30% mehr Mittel zur Verfügung gestellt obwohl die Schülerzahlen um 10% gesunken sind. Die Lehrerzahlen blieben gleich. **Kimberger** widerspricht, das österreichische Bildungssystem sei krass unterdotiert, es brauche zwei Milliarden mehr im OECD Vergleich. **Feller** entgegnet, das Geld sei vorhanden, aber es müsse dorthin kommen wo es gebraucht werde, das sei nicht der Fall.

**Spiel** hält einen Streit ums Geld für nicht zielführend. In den Zielen sei man sich weitgehend einig, aber der Weg zum Ziel stehe in Diskussion, er müsse nachvollziehbar sein. Man brauche auch ein Implementierungskonzept, das erstens ankommen und zweitens angenommen werden müsse.

**Raidl** präsentiert eine weitere Umfrage. Derzufolge trauen die Österreicher/innen am ehesten den NEOS zu Veränderungen herbeizuführen, gefolgt von den Grünen und der SPÖ. Die ÖVP folgt mit großem Abstand, in FPÖ und Team Stronach haben sie diesbezüglich kein Vertrauen.

**Nekula** bejaht die Frage von Raidl, dass es im Ministerium einen Masterplan für die Bildung gebe. Mit einer Organisationsreform könne man inhaltliche Verbesserungen schaffen, das Kind stehe selbstverständlich im Mittelpunkt. Aber alles brauche seine Zeit.

**Schrodt** sieht in Migration und Bildung, Bildungsgerechtigkeit und Elementarpädagogik die wichtigsten Themen. Alle Stakeholder müssten in den Diskussionsprozess zur Frage „Wo wollen wir 2030 stehen und wie kommen wir dorthin?“ eingebunden werden.

**Spiel** spricht sich für einen Fokus auf die Elementarpädagogik und auf die Qualität der Pädagog/innen aus. Diese zwei Punkte würden alles abdecken. Sie sieht großes Bemühen bei allen, aber man wisse nicht, wie die Pädagog/innenbildung neu wirken werde, wie die Kinder in zehn Jahren sein werden und ob die Lehrer/innen richtig darauf reagieren werden.

Auf die Frage nach der Bildungsvererbung meint **Feller**, dass diese in allen Ländern ein Problem sei, die Situation in Österreich nicht so dramatisch sei wie sie oft dargestellt werde da die OECD den BMHS Bereich nicht richtig berücksichtige. Er kritisiert die zersplitterte Zuständigkeit im Bildungsbereich zwischen Bund und Ländern. Da habe man den Landeshauptleuten zu viel nachgegeben. Um etwas verändern zu können müsse man einen pragmatischen Weg finden.

In der folgenden **Diskussion** kritisiert ein **EV Obmann** und Vorstandsmitglied des Wiener Verbandes der höheren Schulen, dass die Elternvertretung nicht ausreichend in die Diskussionen eingebunden war. Dem widersprechen **Nekula** und **Dwulit**. **Nekula** meint, dass der Vorsitzende des Bundeselternverbandes verärgert war, dass er seine Vorstellungen nicht vollständig durchsetzen konnte. Der **Elternvertreter** fragt weiter, woher das Geld für den Chancenindex kommen werde. Eine **Eltern-**

**vertreterin** spricht sich für Religionen- und Ethikunterricht an Stelle des konfessionellen Religionsunterrichts aus. Auf diese beiden Wortmeldungen wird nicht eingegangen.

Ein **HTL Lehrer** wünscht, dass mehr über die Umsetzung der Pläne gesprochen werde. Eine ehemalige **AHS Direktorin** fordert, dass festgestellt werden sollte, was Schüler/innen am Ende der Schulpflicht können sollten. **Nekula** antwortet, dass es durch Bildungsstandards und Zentralmatura allgemeine Überprüfungen gebe. Lebenslange Weiterbildung sei das Ziel. **Friesl** spricht sich für einen Konsens der gesamten Gesellschaft aus, es reiche nicht nur mit Expert/innen zu sprechen. **Kimberger** hebt die Menschenbildung hervor, nicht nur das, was messbar ist, sollte in der Schule vermittelt werden. Eine **Teilnehmerin** die sich sowohl für Hochbegabte als auch für Beeinträchtigte engagiert beklagt, dass es in unserer Gesellschaft keine positive Grundhaltungen gegenüber diesen Gruppen gebe. Außerdem sieht sie einen Widerspruch zwischen Individualisierung und PISA Testungen. **Spiel** stimmt zu, dass in Österreich die Wertschätzung von Leistung ein Problem sei. Das fange bei Politikern an, die damit prahlen in der Schule schlechte Noten gehabt zu haben. **Friesl** spricht sich für 10 Jahre Bildungspflicht für alle mit standardisierten und individuellen Zielen aus. Eine **Teilnehmerin** fordert mehr Offenheit um auch eingefahrene Wege verlassen zu können. Lehrer/innen sollten stärker nach Leistung bezahlt werden, finanziell spiele Engagement keine Rolle.

Auf **Raidls** Frage was nach der Wahl vordringlich in Angriff genommen werden sollte, nennt **Feller** die Diskussion und Erklärung des ministeriellen Masterplans. **Schrodt** wünscht sich eine Diskussion der Ziele in einem Bildungskonvent. Für **Kimberger** sind Elementarpädagogik und Begabungsförderung und das Verstehen von Bildungspolitik als Gesellschaftspolitik besonders wichtig. **Spiel** stimmt zu, Bildungspolitik müsse stärker alle Lebensbereiche durchdringen. **Nekula** hofft auf eine bestmögliche Umsetzung aller flexiblen Möglichkeiten. **Friesl** wünscht sich eine Einladung zu Gesprächen im Bildungsministerium für die Lehrer/innen und die Einberufung eines Bildungskonvents.

*Dr. Christine Krawarik*